

Die deutsch-holländische Spannung.

(Telegramm der Neuen Freien Presse)

Berlin, 25. April.

Wie Ihr Korrespondent in informierten Kreisen erzählt, kann man jetzt tatsächlich von einer deutsch-holländischen Spannung sprechen. Hier steht man auf dem Standpunkte, daß Holland durch sein weitherziges Entgegenkommen gegenüber der Entente den Boden der Neutralität verlassen habe. Infolgedessen haben auch die Deutschen die Berechtigung, gewisse Forderungen zu stellen, welche den Vorteilen, welche die Entente erreicht hat, entsprechen. In hiesigen informierten Kreisen ist man der Ansicht, daß die Forderungen, die sich auf den Transportweg zu Wasser und zu Lande beziehen, das Prestige Hollands in keiner Weise bedrohen. Wenn in der holländischen Presse darauf hingewiesen wird, daß sich das Land in einer schwierigen Situation befindet, so darf auch darauf hingewiesen werden, daß Deutschland, das seit fast vier Jahren einer Welt von Feinden gegenübersteht, noch größere Schwierigkeiten zu überwinden hat. Es ist auch unverständlich, warum gewisse Kreise in Holland in einigen Fragen, zum Beispiel in der Frage der Rheinschiffahrt und der Kanäle, Deutschland gegenüber eine Haltung einnehmen, die nur geeignet ist, die Schwierigkeiten zu vermehren. Schon die allernächsten Tage werden zeigen, ob Holland gewillt ist, mit Deutschland auch weiterhin im guten Einvernehmen zu leben. Allgemein erwartet man, daß in Holland die Einsicht den Sieg davontragen werde, zumal Deutschland gerade Holland gegenüber das größtmögliche Entgegenkommen gezeigt hat.

Die deutsch-holländischen Verhandlungen.

Wien, 25. April.

In Wiener politischen Kreisen hält man bezüglich der holländischen Frage dafür, daß die Lage durchaus nicht als kritisch aufzufassen ist und daß die Fragen, die den Anlaß der gegenwärtigen Kontroverse bilden, eine befriedigende Erledigung finden werden. Es handelt sich wesentlich um die Frage, welche Durchfuhrsgüter auf den holländischen Eisenbahnen transportiert werden können. Die holländische Regierung nimmt den Standpunkt ein, daß alles transportiert werden darf, was nicht als Kriegsgut qualifiziert werden kann. Es ist anzunehmen, daß im Laufe der Verhandlungen, die hierüber zwischen Deutschland und Holland eingeleitet sind, die Meinungsverschiedenheiten über die Durchführung dieser Frage beseitigt werden.

Erklärungen des Ministers London.

Haag, 25. April.

Bei der Beratung des Stats des Ministeriums des Auswärtigen teilte Minister London in der Ersten Kammer mit, daß kein Schiff aus Holland ausfahren werde, bevor nicht eine schriftliche Erklärung vorliege, daß kein Schiff in Beschlag genommen würde. Der Minister habe aus einer Aussprache mit dem amerikanischen Gesandten ersehen, dieser sei der Ansicht, daß diese Sicherung bereits schriftlich gegeben worden sei. Es sei beabsichtigt, fortwährend sechs Schiffe in Fahrt zu belassen. Man habe Grund, anzunehmen, daß die Zahl dieser Schiffe noch vermehrt werden und daß Deutschland kein Hindernis in den Weg legen würde. Der Minister glaube annehmen zu können, daß die alliierten Regierungen die Verpflichtungen, betreffend die Rationierung Hollands, einhalten werden.

Die Unterhandlungen über das Wirtschaftsabkommen mit Deutschland seien bei der anderen Partei auf Schwierigkeiten gestoßen und verzögert worden, die Vorbereitungen seien jedoch ausreichend gewesen. Ueber den Stand der Verhandlungen könne der Minister keine Mitteilungen machen. Sie machen jedoch keine raschen Fortschritte, besonders deswegen, weil Holland nicht mehr viel ausführen könne.

Bezüglich der Schiffsfrage teilte der Minister noch mit, er habe von England die Zusicherung erhalten, daß Schiffe, die nach dem 22. März aus Indien abgefahren seien oder noch abfahren würden, nicht beschlagnahmt werden würden.

Der liberale Unionist Cromer antwortete, er danke dem Minister für seine klare Antwort. Es sei gut, daß die Regierung von dem Ernst der Verhandlungen, die jetzt über die Sand- und Kiesfrage geführt werden, durchdrungen sei. Der Minister möge niemals vergessen, daß er einen Bundesgenossen habe, der stärker sei als die stärkste Nation: das Recht. Wenn aber der Stab breche, auf den der Minister sich stütze, dann müsse er in der Vertretung des Volkes, in den Generalstaaten, eine neue Stütze suchen. Die Generalstaaten würden den Minister gern unterstützen.

Haag, 25. April.

Das Korrespondenzbureau meldet: Heute mittag ist wieder ein Ministerrat abgehalten worden.